

## enexion Marktradar

Betrifft: Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der SPD, den GRÜNEN und der FDP vom 24.11.2021

Sehr geehrter Herr Stobbe,

knapp zwei Monate nach der Bundestagswahl haben SPD, GRÜNE und FDP am Mittwoch, den 24. November 2021 ihren Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 veröffentlicht. Zu einigen Themenbereichen wie der Installation von Solaranlagen bei gewerblichen Neubauten wurden konkrete Vorgaben formuliert, wohingegen bei anderen Themen wie dem Kohleausstieg („idealerweise 2030“) einiges an Interpretationsspielraum offengelassen wurde. Im Folgenden sind die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrags im Hinblick auf Energie und Klima aufgelistet. Ob und in welcher Form die Vorhaben letztlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

### Wirtschaft, Industrie und Klima

- Zusage für den deutschen Anteil an den 100 Milliarden US-Dollar der internationalen Klimafinanzierung soll erfüllt und perspektivisch erhöht werden
- Bei der Erreichung der Klimaziele soll die heimische Industrie durch Instrumente wie „Carbon Contracts for Difference (Klimaverträge) unterstützt“ werden
- Durch finanzielle Unterstützung soll Deutschland zum globalen Standort der Halbleiterindustrie werden
- Die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis soll beendet werden und zum 1. Januar 2023 durch den Bundeshaushalt übernommen werden
- Die Förderung der Erneuerbaren Energien soll mit der Vollendung des Kohleausstiegs auslaufen
- Ein neues Strommarktdesign soll erarbeitet werden (Überprüfung von Kapazitätsmechanismen und Flexibilitäten)
- Ausrichtung der Politik am 1,5 Grad Ziel
- Festhalten am deutschen Atomausstieg
- Verabschiedung eines Klimaschutzsofortprogramms mit den dazugehörigen Gesetzen bis Ende 2022
- Annahme eines höheren Bruttostrombedarfs von 680-750 TWh im Jahr 2030, davon Deckung von 80% aus erneuerbaren Energien
- Verpflichtung zur Installation von Solaranlagen bei gewerblichen Neubauten
- Bis 2030 Ausbau der Photovoltaik auf ca. 200 Gigawatt Erzeugungsleistung
- Ausweisung von 2% der Landesfläche für Windenergie
- Erhebliche Steigerung der Kapazitäten für Windenergie auf See (mindestens 30 Gigawatt 2030, 40 Gigawatt 2035 und 70 Gigawatt 2045)
- Bis 2030 soll 50 Prozent der Wärme klimaneutral erzeugt werden
- Kohleausstieg idealerweise bereits 2030
- Bau von Gaskraftwerken soll beschleunigt werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten (Erdgas als „unverzichtbar“ für die Versorgungssicherheit und für stabile Energiepreise)
- Monitoring der Versorgungssicherheit soll zu „Stresstest“ weiterentwickelt werden

### Wasserstoff

- Wasserstoff als Energieträger und die Wasserstoffinfrastruktur sollen gefördert werden
- Es soll eine Elektrolysekapazität von rund 10 Gigawatt im Jahr 2030 erreicht werden
- Bis 2030 soll Deutschland der Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden

### Mobilität

- Mindestens 15 Millionen vollelektrische PKWs bis 2030

### Emissionshandel

- Es wird auf einen steigenden CO<sub>2</sub>-Preis gesetzt
- Es wird sich auf europäischer Ebene für einen ETS-Mindestpreis eingesetzt sowie für die Schaffung eines zweiten Emissionshandels für die Bereiche Wärme und Mobilität (ETS 2)
- Der Preis für europäische Emissionszertifikate soll nicht unter 60 Euro/Tonne fallen, andernfalls sollen Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden
- Am bisherigen Preispfad für nationale Emissionszertifikate soll festgehalten werden
- Um Preisanstieg durch den nationalen Emissionshandel zu kompensieren, soll ein „Klimageld“ entwickelt werden

Aus energiefachlicher Sicht liest sich das Programm wie eine grüne Wunschliste, deren Erfüllung von der finanziellen Potenz des Steuerzahlers und der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie abhängen wird. So ist bei den zu erwartenden massiven Subventionen die Finanzierung im Wesentlichen offen. Daneben werden preistreibende Maßnahmen wie die Verstärkung hoher CO<sub>2</sub>-Preise direkt belastend auf die Industrie wirken. Zudem ist zu erwarten, dass etwaige

Entlastungsmöglichkeiten („Klimageld“) an bürokratische Hürden gekoppelt werden und, wie bei anderen Tatbeständen auch, viele Unternehmen gänzlich ausgespart werden. Dabei hat man zumindest erkannt, dass der eingeschlagene Pfad potenziell gefährlich für die Versorgungssicherheit ist und die zu erwartende Stromlücke nur durch erhebliche Kraftanstrengung zu vermeiden sein wird. Die Einführung eines „Stresstest Versorgungssicherheit“ sowie eines zu erwartenden Förderprogramms für Gaskraftwerke (Finanzierung unklar) oder die Aufschiebung des Kohleausstiegs über 2030 hinaus werden daher die logische Konsequenz sein.

Für weitere Fragen steht Ihnen das Team von enexion gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit besten Grüßen,

Ihr enexion Team

---

#### **Haftung**

Dieser Bericht wurde von enexion mit größtmöglicher Sorgfalt für Sie erstellt. Für die Richtigkeit kann enexion keine Haftung übernehmen. Der Inhalt dieses Berichts ist vertraulich und ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieses Berichts oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieses Berichts unzulässig ist. Wir bitten Sie, sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen. Der Inhalt der E-Mail ist nur rechtsverbindlich, wenn er unsererseits durch einen Brief entsprechend bestätigt wird.